

Aufschwung Ost: Das Wirtschaftswunder der fünfziger Jahre taugt nicht als Modell für die neuen Bundesländer

Erhards Illusion

Von Werner Abelshauer

„In politischer, wirtschaftlicher und menschlicher Beziehung wird die Wiedervereinigung Deutschlands Kräfte freimachen, von deren Stärke und Macht sich die Schulweisheit der Planwirtschaftler nichts träumen läßt.“

Ludwig Erhard, 1953

Die historische Forschung zur deutschen Vereinigung steht erst am Anfang. Sie ist aber schon jetzt auf eigenartige Weise mit einer seit langem anhaltenden Debatte unter Wirtschaftshistorikern verknüpft. Es geht um die Ursachen des schnellen Wiederaufstiegs der westdeutschen Wirtschaft nach dem Zweiten Weltkrieg: War es jene spezifische neoliberale Ordnungspolitik, die noch heute als „soziale Marktwirtschaft“ zum Grundbestand deutscher Politik gehört, oder eine außerordentlich günstige Konstellation der Produktionsfaktoren und ein überraschend reiches wirtschaftliches Erbe des „Dritten Reiches“, die für eine schnelle Rekonstruktion der Wirtschaft gute Voraussetzungen schufen?

Der Weg der fünf neuen Bundesländer in die Marktwirtschaft könnte in der Tat diesen Streit zwischen der Mehrheit der „neokeynesianischen“, einem aufgeklärten Interventionismus nicht grundsätzlich abgeneigten Forscher und ihren neoliberalen Widersachern in ein neues Licht setzen. Konsequenzen für die wirtschaftliche Ostpolitik wären dann unvermeidlich.

Es galt lange als sicher, daß die westdeutsche Wirtschaft ihr Erfolgsrezept den historischen Erfahrungen mit dem westdeutschen Reformweg –

Außenwirtschaftshilfe (Marshallplan), Währungsreform (Deutsche Mark) und neoliberale Wirtschaftsreform (soziale Marktwirtschaft) – verdankte. Unter den günstigen Wachstumsbedingungen der Langen Fünfziger Jahre, also jener einhalb Jahrzehnte, die 1947 mit der Ankerbelegung der westdeutschen Wirtschaft begannen und Anfang der sechziger Jahre mit dem wirtschaftlichen Ende der Nachkriegszeit ausliefen, setzte sich diese Grundüberzeugung in Westdeutschland schnell durch.

Das neoliberale Weltbild konnte sich gegenüber neuen Einsichten um so zäher behaupten, als in den achtziger Jahren zwei neue Ansätze für eine Renaissance der frühen Lehre sorgten: der Paradigmenwechsel in der Wirtschaftstheorie, die zu den neoklassischen Dogmen zurückkehrte, und die Welle der Kritik und Selbstkritik, die im vergangenen Jahrzehnt über die Methoden der Planwirtschaft in den sozialistischen Ländern hinweg-

rollte. Beide Entwicklungen unterstreichen aus liberaler Sicht die Bedeutung ordnungspolitischer Entscheidungen und machten die Versuchung widerstreblich, im Übergang von der Kriegswirtschaft des „Dritten Reiches“ zum „Wirtschaftswunder“ der Ära Adenauer/Erhard eine historische Fallstudie für die Überlegenheit eines reformierten Wirtschaftsliberalismus zu sehen.

Die Vereinigung der beiden deutschen Staaten bot die Probe aufs Exempel. Nicht zuletzt unter Berufung auf die Wirtschaftsgeschichte herrschte unter westdeutschen Wirtschaftswissenschaftlern und Politikern Konsens, daß „eine Art zweites Wirtschaftswunder“ aus der Vereinigung resultieren würde. Erneut, wie schon bei der Gründung der Bundesrepublik Deutschland, ging die Einigung über die wirtschaftliche Verfassung der Konstituierung des politischen Gesamtrahmens staatl-

cher Ordnung im Einigungsvertrag vom 31. August 1990 voraus. Wie schon der 20. Juni 1948, der Tag der westdeutschen Währungsreform, auf den die neoliberale Wirtschaftsreform Ludwig Erhards unmittelbar folgte und der den Westdeutschen als der eigentliche Gründungstag ihrer Bundesrepublik in Erinnerung ist, galt nun auch im Bewußtsein der meisten DDR-Bürger der Tag der Währungs- und Wirtschaftsunion mit dem Westen als Ausgangspunkt der neuen Ära und nicht erst das Vereinigungsfest vom 3. Oktober 1990.

Die Bonner Regierung, aber auch eine breite westdeutsche Öffentlichkeit haben diese Sichtweise bestärkt, indem sie, nicht selten unter Anspielung auf die historische Währungs- und Wirtschaftsreform, in der Deutschen Mark und in der sozialen Marktwirtschaft den Kitt sahen, der über vordergründige, materielle Aspekte hinaus den Konsens über die Einheit der Deutschen herstellen sollte. Sie folgten damit mit verblüffender Konsequenz der Prognose, die Ludwig Erhard 1953 vor dem Hintergrund des gescheiterten Arbeiteraufstandes für den wirtschaftlichen Vollzug der Wiedervereinigung abgab.

Unbeeindruckt von den Ergebnissen der wirtschaftshistorischen Forschung erwies sich der Mythos des Jahres 1948 als stark genug, um auch 1990 die wirtschaftlichen Entscheidungen im Vorfeld der deutschen Einigung zu beeinflussen. Die Mystifizierung der Währungsreform, nach 1923/24 und 1948 nun zum dritten Mal in der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts, trug paradoxerweise dazu bei, den Umtauschkurs von Ost-Mark in D-Mark nicht wirtschaftlich, sondern politisch zu definieren. Sein Niveau lag weit über dem wirtschaftlich Vernünftigen und ist zu einem guten Teil für gegenwärtige Probleme der wirtschaftlichen Anpassung verantwortlich. Der Währungsschnitt von 1948, von der Besatzungsmacht oktroyiert, hatte im Gegensatz dazu 93,5 Prozent der gesamten Geldmenge vernichtet und damit eher zu einer Unter- denn zu einer Überbewertung der immer noch beachtlichen Substanz der deutschen Nachkriegsindustrie beigetragen.

Problematischer noch und langfristig politisch folgenreicher war das aus dem verklärten Rückblick auf die westdeutsche Nachkriegsgeschichte abgeleitete Versprechen des Bundeskanzlers, die Ergebnisse von Währungs- und Wirtschaftsunion würden niemanden ärmer, viele aber reicher machen. Der Glaube daran war ungebrochen, sei es, weil der „Wirtschaftshistorikerstreit“ über die Ursachen des „Wirtschaftswunders“ noch nicht den Grad der öffentlichen Aufmerksamkeit erregt hatte wie zuvor der „Historikerstreit“ über die Einzigartigkeit und Unvergleichlichkeit der Hitterschen Verbrechen; sei es, daß wirtschaftspolitisch Handelnde, wie der Bundesbanker Helmut Schlesinger, selbst Kombattanten des „Wirtschaftshistorikerstreits“ waren und nun zu Gefangenen ihrer eigenen Fehleinschätzung der jüngsten Wirtschaftsgeschichte geworden sind.

„Landwirtschaft und Industrie sind in sehr schlechtem Zustand und zahlreiche Gebäude ebenfalls sehr schlecht unterhalten. Die Arbeit nach der Wiedervereinigung kommt in den hinter dem Eisernen Vorhang gelegenen Teilen Deutschlands einer neuen Kolonisation gleich. Dadurch wird die wirtschaftliche Stärke der Bundesrepublik auf Jahre hinaus absorbiert. So überraschend es klingen mag, so richtig ist doch der Satz, daß durch die Wiedervereinigung das deutsche Potential nicht erhöht, sondern vermindert wird.“

Konrad Adenauer, 1955

Zwischen dem heutigen Enthusiasmus für das „Modell 1948“ und dem Hauptstrom der wirtschaftshistorischen Forschung der vergangenen zwanzig Jahren klafft eine weite Lücke. Während die alte wie die neue neoliberale Schule dem Paradigma der „Stunde Null“ in der unmittelbaren Nachkriegszeit große Bedeutung beimißt und erste Zeichen wirtschaftlicher Wiederbelebung erst nach der Währungs- und Wirtschaftsreform erkennen will, verweisen andere Forscher vielmehr auf die vergleichsweise günstigen materiellen Ausgangsbedingungen, die nach dem Zusammenbruch des NS-Regimes in allen vier Besatzungszonen gegeben waren und die sich wesentlich von der gegenwärtigen Situation im Osten unterscheiden.

Schon unmittelbar nach Kriegsende war der Militärregierung bewußt geworden, daß die Substanz der westdeutschen Wirtschaft bei weitem nicht dem ersten, desolaten Eindruck entsprach. Sie fand schnell heraus, daß die meisten Luftangriffe auf die Rüstungsindustrie nichts anderes als „kostspielige Fehlschläge“ (John K. Galbraith) gewesen waren. Der Luftkrieg war vor allem gegen die Zivilbevölkerung gerichtet. Dementsprechend war im Mai 1945 die Substanz des industriellen Anlagevermögens nicht entscheidend getroffen. Bezogen auf das Vorkriegsjahr 1936, war das Bruttoanlagevermögen der Industrie sogar noch um rund zwanzig Prozent gewachsen.

Auch in qualitativer Hinsicht schließt die Bilanz des Kapitalstocks günstig ab. Sowohl der technische Standard als auch der Altersaufbau des Brut-

toanlagevermögens der deutschen Industrie erreichten 1945 ihren höchsten Stand seit dem Ersten Weltkrieg. Die deutsche Wirtschaft ging also mit einem bemerkenswert großen und im internationalen Vergleich modernen und jungen Kapitalstock in die Nachkriegszeit. Auch das Arbeitskräftepotential war in den Besatzungszonen paradoxerweise noch gewachsen und hatte sich vor allem in seiner Qualität nicht verschlechtert.

Dieser aktiven Bilanz deutscher Ressourcen standen allerdings gewichtige Passivposten gegenüber. Auf der Substanz der zonalen Industriebewirtschaft lastete die Hypothek der Reparationen. Für Westdeutschland wird der Anteil der Demontageschäden aber nur auf 3,1 bis 5,3 Prozent des industriellen Vorkriegsvermögens veranschlagt, während für die sowjetische Besatzungszone (aber auch für die französische Zone) eine dreimal so hohe Kapazitätsminderung angenommen wird. Im Westen übertraf der Bestand des Anlagevermögens 1948 den Stand von 1936 deshalb noch immer um rund zehn Prozent. Auch Altersaufbau und Gütegrad des Kapitalstocks waren nach wie vor günstiger als in den dreißiger Jahren. Im Osten war dagegen eine reale Kapazitätsminderung eingetreten, die, wie in der französischen Zone, eine spürbar schlechtere Ausgangsbedingung für den Wiederaufbau schuf.

Selbst wenn diese Unterschiede voll gewürdigt werden, kann dennoch für „Vier-Zonen-Deutschland“ gesagt werden, daß es in der unmittelbaren Nachkriegszeit zwar arm, aber nicht unterentwickelt war. Diese neuen Erkenntnisse relativierten – ohne sie völlig zu leugnen – die Bedeutung so spektakulärer Ereignisse wie den Marshallplan, die Währungsreform und die Einführung der sozialen Marktwirtschaft durch Ludwig Erhard. Aus dieser Sicht gewann die günstige materielle Ausgangslage der westdeutschen Wirtschaft größere Bedeutung und ließ das wirtschaftliche Entwicklungsmuster der Langen Fünfziger Jahre als eine „Rekonstruktionsperiode“ erscheinen, in deren Verlauf die besonderen Nachkriegsbedingungen ihre wachstumsstimulierenden Wirkungen zunächst entfalten konnten, sich dann aber im Rekonstruktionsprozeß allmählich verzehrten.

Auf dem Prüfstand stehen jetzt zwei widerstrebende Erklärungsansätze des westdeutschen Wiederaufstiegs nach dem Zweiten Weltkrieg, die – auf die neunziger Jahre angewandt – zu ganz unterschiedlichen Handlungsanleitungen an die Wirtschaftspolitik führen müßten.

„Gezielte Planung und sinnvoller Einsatz der Mittel muß auch weiterhin ... Grundlage bleiben.“

Hermann J. Abs, 1973

Gewiß sind Währungsreform und die Einführung moderner Instrumente der Wirtschaftspolitik notwendige Bedingungen für den Aufschwung im Osten. Im Lichte der historischen Erfahrung sind sie aber weder hinreichend, noch garantieren sie eine ähnlich schnelle Entwicklung wie in der Nachkriegszeit. Im Gegensatz zu Westdeutschland 1948 ist Ostdeutschland heute, dank des Transfers aus dem Westen, zwar relativ reich, aber in seinen Produktivkräften unterentwickelt. Es genügt deshalb nicht, diese Kräfte marktwirtschaftlich zu entfesseln. Für diejenigen, die dies geglaubt hatten, bietet die Wirklichkeit in den neuen Bundesländern und in Osteuropa, wie es scheint, bisher schon genug Grund für eine Korrektur. Es ist zwar sehr wahrscheinlich, daß Ostdeutschland – wie in einem System kommunizierender Röhren – auf lange Sicht das westliche Produktivitätsniveau erreichen wird. Doch stellt sich – frei nach John Maynard Keynes – die Frage, ob wir langfristig nicht alle (politisch) tot sind.

Das westdeutsche Szenario von 1948 ist in dieser Lage kein guter Ratgeber. Eher schon das Frankreich Jean Monnets, das nach 1945 in großangelegten Modernisierungsplänen seine wirtschaftliche Rückständigkeit industriepolitisch überwunden hat. Wie Ostdeutschland heute und

anders als Westdeutschland nach 1947 konnte Frankreich dabei nicht aus dem vollen schöpfen. Es mußte ganze Industriezweige neu errichten, die Produktivität der Arbeit fördern und den traditionellen Mangel an unternehmerischer Initiative kompensieren. Zu den Instrumenten, die dabei eingesetzt wurden, zählte die Verstaatlichung von Schlüsselindustrien (und Banken) ebenso wie die Kreditpolitik. Jean Monnet hatte damit Hebel in der Hand, die er zur indirekten Lenkung des Modernisierungsprozesses nutzen konnte.

Beides müßte heute in Deutschland nicht erst neu geschaffen werden. Die Treuhänder verfügen volens über ein beträchtliches Stück ostdeutscher Industriebewirtschaft, und mit der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) gibt es schon ein kreditpolitisches Instrument, das entwicklungsorientierte Aufbauförderung vorweisen kann. An ihrer Spitze lenkte einst Hermann J. Abs, Adenauers Ratgeber, den schmalen Sektor westdeutscher „Planwirtschaft“, den die Marshallplan-Verwaltung dem Erhardschen Laissez-faire abtrotzte. Die KfW war 1952 auch am Milliardenprojekt einer Investitionshilfe für die Schwerindustrie beteiligt. Auf der Grundlage eines Solidarpaktes der gewerblichen Wirtschaft, in den auch die Gewerkschaften einbezogen waren, und durch Gesetz legitimiert, erhoben die Verbände eine Zwangsumlage der Konsumgüterindustrie und lenkten sie in die Modernisierung von Montanwirtschaft und Infrastruktur. Die Investitionslenkung war in der Hoch-Zeit der sozialen Marktwirtschaft nur eine von zahlreichen Interventionen in den Markt, die Verbände, öffentlich-rechtliche Körperschaften und der Staat unternahmen.

Die Heldensage des privaten Unternehmertums und des Marktes hat in Deutschland jene Niederungen konkreter Wirtschaftspolitik überwuchert, über die der steinige Weg der Anpassung an neue Weltmarktbedingungen führte. Dies in Erinnerung zu rufen, ohne zur einfachen Nachahmung historischer Rezepte aufzufordern, wäre ein positiver Beitrag der Wirtschaftsgeschichte zur heutigen Debatte: Nicht Erhards, sondern Adenauers Prognose gilt es, ernst zu nehmen; Hermann J. Abs' Rat wäre zu befolgen.